



Konrad-Adenauer-Stiftung
Auslandsbüro Mazedonien
ul. Maksim Gorki 16 / kat 3
MK-1000 Skopje
Republik Mazedonien
Tel.: +389 2 323 11 22
Fax: +389 2 313 52 90
www.kas.de; kas@kas.com.mk



Mazedonien ein Jahr nach den Parlamentswahlen vom 5. und 19. Juli 2006

Jahresbilanz Mazedonien 2006/2007: Politik und Wirtschaft

Ulrich Kleppmann und Stiv Divjakoski
Konrad-Adenauer-Stiftung in Mazedonien, Skopje, 5. Juli 2007

Wie ein Bergwanderer über Stock und Stein. So, oder so ähnlich muss sich der mazedonische Ministerpräsident **Nikola Gruevski** in diesen Zeiten auf seinem politisch steinigen und schwer begehbaren Wanderpfad fühlen. Das letzte Jahr hat gezeigt, dass die sprichwörtlichen Schluchten des Balkan, was die Politik in Mazedonien anbelangt, tief und gefährlich sind. Genau ein Jahr ist seit den Wahlen vergangen, aus denen die VMRO-DPMNE als stärkste Partei hervorging und damit das Ende des linken Regierungsbündnisses, angeführt durch die SDSM¹, einläutete. Gleich bei der Regierungsbildung hat der designierte Premier gemerkt, dass es nicht einfach werden würde. Zudem war das Erbe der alten Regierung Bürde vom ersten Tag an. Arbeitslosigkeit und Handelsbilanzdefizit² erreichten Rekordhöhen, die Wirtschaft stagnierte und zudem schaltete auch noch kurze Zeit nach der Wahl der Energieversorger EVN einigen Ministerien den Strom ab, da Rechnungen in zweistelligen Euromillionenbeträgen offen waren. Die Wähler konnte er mit seinem Programm zur

¹ SDSM = Socijaldemokratski Sojuz na Makedonija (Sozialdemokratische Union Mazedoniens)

² Die AL-Quote lag offiziell bei 39,4%, das Handelsbilanzdefizit bei 1,08 Mrd US Dollar; vgl. <http://www.zvrm.gov.mk/> und <http://www.mtsp.gov.mk/>



Ankurbelung der Wirtschaft, das den Namen „Wiedergeburt in 100 Schritten“³ trägt, überzeugen. Die großen Erfolge des Programms sind allerdings noch nicht erkennbar.

„Um unser Ziel, die NATO-Mitgliedschaft 2008, zu erreichen, werden wir die Verpflichtungen, die der Maßnahmenkatalog für den NATO-Beitritt vorsieht, sehr gründlich erfüllen. Unsere eigentliche Anstrengung gilt dem Beginn der Verhandlungen zur EU-Mitgliedschaft während des Jahres 2007. Wir werden alles Erforderliche tun, um die Beitrittskriterien vor 2010 zu erfüllen.“, so **Nikola Gruevski** (VMRO-DPMNE)⁴, in seiner Antrittsrede vor der neuen Regierung und dem neu zusammengesetzten Parlament nach den Wahlen am 28. August 2006⁵. Beiden außenpolitischen Zielen ist man mindestens einen Schritt näher gekommen, wenngleich es die Aufnahme von Verhandlungen nicht geben wird. Innenpolitisch lief es nicht so glatt.

I. Die politische Entwicklung

Die **innenpolitische Entwicklung** in der Republik Mazedonien ist seit den Wahlen vom 5. und 19. Juli 2006 mit einer turbulenten Berg- und Talfahrt zu vergleichen. Vom Boykott und Auszug der albanischen Oppositionspartei DUI⁶ aus dem Parlament, über die Androhung des Austritts der DPA⁷ als Koalitionspartner der VMRO-DPMNE aus der Regierung, bis hin zu einem Misstrauensvotum, welches von der oppositionellen SDSM beantragt wurde, war an politischen Machtspielen und Kräftemessen im Jahr 2006/2007 alles vorhanden.

Zu den Wahlen im Juli 2006 wurden alle wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger Mazedoniens an die Wahlurnen gebeten, um ein neues Parlament zu wählen. Im Vorfeld

³ http://www.vmro-dpmne.org.mk/Dokumenti/Programa2006-2010_EN.pdf

⁴ VMRO-DPMNE = Vnatrešna Makedonska Revolucionerna Organizacija - Demokratska Partija na Makedonija za Nacionalno Edinstvo (Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation - Demokratische Partei für die Mazedonische Nationale Einheit; ursprünglich als VMRO 1893 in Thessaloniki/Griechenland gegründet, widmete sich dem Befreiungskampf Mazedoniens gegen das Osmanische Reich, zu dem Mazedonien damals gehörte; 1990 wurde die Partei neu gegründet und das Kürzel DPMNE angehängt)

⁵ Vgl. „Mazedonien hat wieder eine konservativ geführte Regierung, Gruevski verspricht wirtschaftlichen Aufschwung – Ahmeti droht mit Krieg“, Länderbericht des Auslandsbüros Mazedonien vom 31.08.2006 http://www.kas.de/db_files/dokumente/laenderberichte/7_dokument_dok_pdf_9048_1.pdf

⁶ DUI (albanisch: BDI) = Demokratische Union für Integration (Bashkimi Demokratik për Integrim)

⁷ DPA (albanisch: PDSH) = Demokratische Partei der Albaner (Partisë Demokratike Shqiptare)



der Wahlen wurden die Besetzung der Wahlkomitees und die Überarbeitung der Wählerlisten schon zum Politikum. Während des Wahlkampfes kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der zwei größten albanischen Parteien, DPA und DUI. Internationale Wahlbeobachter der OSCE sprachen davon, allen voran die Leiterin der Wahlbeobachtermission der ODIHR⁸, **Audrey Glover**, dass die Parlamentswahlen größtenteils den internationalen Standards entsprachen, aber dennoch von einigen Zwischenfällen überschattet wurden⁹. Die von der ODIHR geforderten und vom Obersten Gericht verfügte Nachwahlen am 19. Juli in einigen Wahlkreisen brachten nochmals ein zusätzliches Mandat für die VMRO-DPMNE. Nichtsdestotrotz wurde diese Prüfung seitens der Republik Mazedonien bestanden, was für die NATO und EU als ein wichtiger Indikator für eine demokratische Reife des Landes gilt. Mehr noch, NATO und allen voran die EU machten deutlich, dass man „skandinavische Wahlen“¹⁰ als Voraussetzung für die weitere euro-atlantische Integration erachtet. Jedoch sollten auf den Wahlsieger **Nikola Gruevski** und seine VMRO-DPMNE noch ungeahnte Schwierigkeiten bei der Bildung einer Regierungskoalition warten. So boykottierte die aus den Wahlen als stärkste albanische Partei hervorgegangene DUI unter der Regie des ehemaligen UÇK¹¹-Führers und heutigen Parteivorsitzenden **Ali Ahmeti** das Parlament, da sie als Koalitionspartner nicht berücksichtigt wurde. Nach seiner Meinung habe die DUI als stärkste albanische Partei¹² das Recht darauf, gemeinsam mit der stärksten mazedonischen Partei, der VMRO-DPMNE, die Regierungskoalition zu bilden. Mit Protesten und Straßenblockaden versuchte die DUI anfangs ihr „Recht“¹³ einzufordern. Letztlich zog sie im Januar sogar aus dem Parlament aus und blockierte über Monate die Arbeit in den Gremien und Arbeitsgruppen.

⁸ ODIHR = Office for Democratic Institutions and Human Rights

⁹ Der Bericht zur Wahl: www.osce.org/documents/html/pdf/tohtml/19801_en.pdf.html oder www.sec.mk

¹⁰ Vgl. *Zeitenwende am Vardar*, Länderbericht des Auslandsbüros Mazedonien vom 23.11.2006

http://www.kas.de/db_files/dokumente/laenderberichte/7_dokument_dok_pdf_9687_1.pdf

¹¹ UÇK = Ushtria Çlirimtare Kombetare (Nationale Befreiungsarmee in Mazedonien)

¹² Von den 28 albanischen Abgeordneten hat die **DPA 13** und die **DUI 15**, davon sind **zwei** von der **PDP**, mit der die DUI ein Wahlbündnis eingegangen ist.

¹³ Die DUI forderte im Herbst sogar die Festschreibung der Regierungsbildung nach der sog. Doppelten Mehrheit in der Verfassung, bei der jeweils die größte albanische und mazedonische Partei die Regierung bilden müssen. Die erhoffte internationale Unterstützung, mit Ausnahme des EU-Botschafters in Skopje, blieb allerdings für dieses Vorhaben aus. Die DUI überraschte mit dem Vorschlag auch deshalb, weil man in den vier Jahren ihrer Regierungszeit mit den Koalitionspartnern die Verfassung hätte ändern können, aber nicht tat.



Die Ende August 2006 endlich gebildete Koalition, die aus dem Wahlbündnis „Für ein besseres Mazedonien“, das aus VMRO-DPMNE, DPA, NSDP¹⁴, DOM¹⁵ und PEI¹⁶ besteht, ließ sich nicht in einen politischen oder gar in einen bewaffneten Konflikt, welcher von der DUI angedroht wurde, verwickeln. Der Wahlverlierer SDSM beschäftigte sich zunächst mit sich selbst, denn Schuldige mussten für die Wahlniederlage gefunden und schnell medienwirksam bestraft werden. Die ehemalige Vizepremierministerin **Radmilla Šekerinska**, unterstützt von ihrem Ziehvater Staatspräsident **Branko Crvenkovski**, stürzte den Parteivorsitzenden **Vlado Bučkovski**. Als ehemaliger Premier habe er die Verantwortung für den Verlust der Macht zu tragen, lautete die einfache Erklärung. **Bučkovski** wollte sich zunächst nicht beugen und drohte sogar mit der Bildung eines eigenen Flügels bzw. einer eigenen Plattform in der SDSM, eine Spaltung der SDSM¹⁷ schien nicht ausgeschlossen. Über Monate hinweg neutralisierten sich die größten Oppositionsparteien selbst. Während die DUI vor dem tagenden Parlament protestierte und die SDSM durch Flügel- und Grabenkämpfe handlungsunfähig war, konnte lediglich die kleine LDP¹⁸ ab und an einen Akzent im Parlament setzen. So vergingen wertvolle Monate, in denen die Opposition keine Kontrolle ausübte und die Regierung wegen der Proteste der DUI nicht wirklich arbeiten konnte.

Nach langem Tauziehen mit internationaler Vermittlung wurde der Öffentlichkeit Mitte Mai 2007 ein Papier vorgestellt, dass die DUI als Abkommen zwischen VMRO-DPMNE und DUI betrachtet. In einem Interview mit der BBC präsentierte **Ahmeti** das Papier als Erfolg auf ganzer Linie, da seine Forderungen nach gesetzlicher Regelung zu den UÇK-Veteranen und Hinterbliebenen, zum Sprachgebrauch und zur Besetzung des Interethnischen Komitees im Parlament erfüllt worden wären. Das Papier, das nur auf Englisch existiert (was den Schluss nahe legt, dass es nicht von Albanern oder

¹⁴ NSDP = Nova Socijaldemokratska Partija (Neue Sozialdemokratische Partei)

¹⁵ DOM = Demokratska Obnova na Makedonija (Demokratischer Wiederaufbau Mazedoniens)

¹⁶ PEI = Partija za Evropska Idnina (Partei für eine Europäische Zukunft)

¹⁷ Vgl. Tamara Causidis : *“Macedonia: Embattled Social Democrats Oust Leader”*

<http://www.birn.eu.com/en/54/10/1319/> vom 12.10.2006

¹⁸ LDP = Liberalna Demokratska Partija (Liberaldemokratische Partei)



Mazedoniern ausgearbeitet wurde) trägt aber keine Unterschriften. Es sickerte durch, dass **Javier Solana** und **Jaap de Hoop Scheffer** einen gemeinsamen Brief an **Ahmeti** schickten, in dem er sich mit dem Erreichten zufrieden geben und wieder ins Parlament zurückkehren soll. Dies geschah zwar auch, aber nicht ohne Getöse und sofort erneuter Kritik an dem Papier, weil es nicht von Premier **Gruevski** unterschrieben wird. Obwohl es nicht vereinbart war, hatte es doch **Ahmeti** den Seinen aber so verkauft und forderte Nachbesserung. Noch immer gingen die Parteien nicht zu einer vernünftigen und politisch verantwortungsvollen Oppositions- bzw. Regierungsarbeit über.

Die DPA (13 Abgeordnete), die offenbar in neun Monaten Regierungsarbeit weniger erreichte als die DUI (15 Abgeordnete) in fünf Monaten Parlamentsboykott, kündigte das Ende der Regierungskoalition an. Parteivize **Mendu Thaci** musste reagieren und tat dies medienwirksam, während der Premier im Ausland war. **Gruevski** konnte **Thaci** dann doch noch überzeugen, dass das Papier kein „Geheimabkommen“ mit der DUI oder ein Versuch den Partner zu hintergehen darstellt¹⁹. Das sollte jedoch nicht der letzte Stolperstein gewesen sein. Kaum war die DUI wieder im Parlament, nutzte die SDSM die Gelegenheit und stellte einen Misstrauensantrag. Damit wurde binnen weniger Tage die Regierung vor eine neue harte Probe gestellt. Letztendlich sprachen die Abgeordneten bei der Abstimmung im Parlament mit 65 Stimmen gegenüber 43 ihr Vertrauen in die Arbeit der Regierung und in die des Ministerpräsidenten **Nikola Gruevskis** aus²⁰. Damit holte sich die Opposition eine Schlappe und rutschte weiter in der Gunst der Wähler bei Umfragen ab. Die Regierung hingegen glänzt durch ein Hoch bei den Umfragen und konnte sich wieder den wichtigen Themen wie NATO Gipfel in Ochrid und den Reformen widmen.

Diese Nebenkriegsschauplätze sollten zwar das Reformtempo der Regierung und somit den **Transformationsprozess**, in dem sich die Menschen und das Land Mazedonien seit seiner Unabhängigkeit im Jahre 1991²¹ befindet, verlangsamen, jedoch nicht ganz zum

¹⁹ Vgl. „ВМРО-ДПМНЕ и ДПА ги расчистија недоразбирањата“, <http://www.makfax.com.mk/look/novina/article.tpl?IdLanguage=10&IdPublication=2&NrArticle=70609&NrIssue=365&NrSection=10>, vom 06.06.2007

²⁰ Vgl. „Bid to topple Gruevski administration in Macedonia fails“, vom 08.06.2006 http://www.setimes.com/cocoon/setimes/xhtml/en_GB/features/setimes/features/2007/06/08/feature-02

²¹ Unabhängigkeits-Referendum: 8. September 1991



Stillstand bringen. Auch mit internationaler Hilfe lief und läuft die Demokratisierung, die wirtschaftliche Entwicklung und der Aufbau einer multiethnischen Zivilgesellschaft weiter. Die regierenden Parteien jagen von einer Reform zur nächsten und verabschieden in Windeseile Gesetze nach EU-Richtlinien; die Implementierung oder die einfache Betrachtung der Umsetzbarkeit bleiben oft unberücksichtigt. Richtig und wichtig ist die Notwendigkeit, bestimmte Gesetze als Voraussetzung für den EU-Integrationsprozess zu verabschieden. Die Blockade der DUI hat mehrere Hundert Gesetze verhindert, die jetzt noch vor der Sommerpause schnell durch das Parlament sollen. Die Oppositionsparteien hingegen bewegen sich wie Schildkröten und versuchen die Arbeit der Regierung zu blockieren, wo es nur geht, um für einen Monat wieder einen Prozentpunkt bei den Umfragen gut zu machen.

Dennoch kann man eine positive Bilanz ziehen: Die Republik Mazedonien ist durch die Annäherung an die EU, der als nächsten Schritt den Beginn der Beitrittsverhandlungen bedarf und die in Aussicht gestellte NATO-Mitgliedschaft **international** gestärkt und wirtschaftlich momentan auf einem zukunftssträchtigen Weg. Den aktuellsten **Umfragen** zufolge sprechen 59,7% der öffentlich befragten Bürger der Regierung ihr Vertrauen aus. 24,8% würden bei anstehenden Parlamentswahlen die VMRO-DPMNE wählen. Ministerpräsident **Nikola Gruevski** ist mit 25,9% der beliebteste Politiker Mazedoniens.²² Die für deutsche Verhältnisse geringen Prozentzahlen spiegeln aber mazedonische Spitzenwerte wider. Das sehr gut organisierte **EACP Sicherheitsforum** in Ochrid Ende Juni brachte dem kleinen Land hohe Anerkennung²³, Ereignisse dieser Größenordnung fanden erstmals in der Geschichte in Mazedonien statt. Im Oktober ist eine Internationale Religionskonferenz²⁴ geplant.

Außen- und europapolitisch handelt die Regierung sehr überlegt, weshalb Mazedonien eine stärkere Position in den Verhandlungen mit der EU und NATO gewonnen hat. Auch

²² Quelle: www.idscs.org.mk

²³ Vgl. Deutsche Wellebericht "NATO Treffen in Ohrid: Annäherung an den Westlichen Balkan" http://www.dw-world.de/dw/article/0,,2671215,00.html?maca=de-newsletter_ostfokus-643-html vom 06.07.2007

²⁴ <http://www.wcdarc-ohrid.org/>



im andauernden Namensstreit²⁵ mit dem Nachbarland Griechenland steht man besser da, auch wenn es in jüngster Vergangenheit aufgrund der Umbenennung des internationalen Flughafens *Petrovec* bei Skopje in *Aleksandar Veliki*²⁶ zu diplomatischen Irritationen zwischen der Republik Mazedonien und Griechenland gekommen ist. Athen schafft es zusehends nicht mehr, die internationale Staatenwelt von der angeblich einzigartigen Nutzung des Namens für die griechische Nordprovinz zu überzeugen. Die jüngste Unterstützung für Mazedonien kam aus dem Vatikan, als Außenstaatssekretär **Kardinal Mamberti** bei seinem Besuch in Skopje Anfang Juli großes Verständnis für den Wunsch der Mazedonier äußerte, mit ihrem Namen genannt zu werden.

Innenpolitisch hat man den Kampf gegen die Korruption aufgenommen, wiewohl man manchmal im Übereifer kleine Delikte zu hart bestraft²⁷. Mit der Berufung der ehemaligen rumänischen Justizministerin **Monica Macovei** soll endlich mehr erreicht werden. Der Premier äußerte sich auch zuversichtlich, dass mit **Macovei** eine erfahrene Frau schlagkräftige Konzepte zur Bekämpfung der Korruption vorlegen werde. Die Erfolge bei der Bekämpfung des Drogenschmuggels oder dem „human trafficking“ können sich sehen lassen. Beim jüngsten Fall wurden 25 Mädchen aus den Händen von Menschenhändlern befreit²⁸. Auch die Justizreform, wesentliche Voraussetzung für einen EU- und NATO-Beitritt, ist eingeleitet worden. Allerdings mahlen die Mühlen sprichwörtlich langsam und vielen zu langsam. Opposition und Regierung können sich nicht über die Ernennung der Staatsanwälte und die Mitglieder des Justizrates einigen. Die EU hat sich besorgt über den Stillstand gezeigt. In der Justizreform liegt das Hauptdefizit aller Reformen, da Kompromisse von heute morgen wieder ungültig werden können.

²⁵ Griechenland befürchtet, dass Mazedonien mit dem Staatsnamen Republik Mazedonien territoriale Ansprüche auf die gleichnamige Region in Griechenland beansprucht und besteht daher weiterhin auf die international provisorische Bezeichnung „The former Yugoslav Republic of Macedonia“ (FYROM) oder die Findung eines anderen neuen Namens. Skopje hat in mehreren Verfassungszusätzen und im Artikel 48 eindeutige erklärt, keine territorialen Ansprüche gegenüber anderen Staaten zu haben.

²⁶ Aleksandar Veliki = Alexander der Große

²⁷ Vgl. „41 Polizisten und Zöllner wegen des Verdachts auf Bestechung verhaftet“ in Länderbericht des Auslandsbüros Mazedonien, http://www.kas.de/proj/home/pub/42/1/year-2007/dokument_id-10345/index.html, vom 05.03.2007

²⁸ Vgl. „Police uncover 25 girls in nightclubs in Tetovo area“ <http://www.makfax.com.mk/look/novina/article.tpl?IdLanguage=1&IdPublication=2&NrArticle=74885&NrIssue=391&NrSection=10> vom 06.07.2007



Bei der Entstehung einer interethnischen Zivilgesellschaft ist es auch erheblich, ob die Bürger Vertrauen in die Gerichte haben, insbesondere dann, wenn das Gericht sich aus Vertretern anderer Ethnien zusammensetzt und dennoch unparteiisch entscheiden soll. Die soziale und multiethnische Stabilität hat sich verbessert. Die Menschen vertrauen mehr in den Staat und seine Institutionen als früher und dies gibt Hoffnung. Es sind kaum Anzeichen zu finden, dass nochmals ein Konflikt wie 2001 entstehen könnte²⁹. Ein weiterer politischer Dauerstreit besteht im verfassungsmäßigen Verhältnis zwischen Regierungschef und Staatsoberhaupt. Dabei werden beiden Rechte eingeräumt, wie sie ein deutscher Kanzler und ein französischer Staatspräsident haben. Eine solche Kombination muss Friktionen erzeugen, noch mehr, wenn beide aus gegnerischen Parteien kommen. Es gibt Überlegungen, die Rolle des Staatspräsidenten nach deutschem Vorbild zu begrenzen. Dafür müsste allerdings die Verfassung geändert werden und dies ist ohne die Stimmen der Opposition nicht möglich.

Das bilaterale Verhältnis zu **Deutschland** ist sehr gut. Der erste Auslandsbesuch des neuen Ministerpräsidenten **Nikola Gruevski** galt im Oktober der Bundeskanzlerin **Angela Merkel**. Deutschland gilt bei der Regierung als wichtigster bilateraler politischer und wirtschaftlicher Partner der Republik Mazedonien. Die frühe und konsequente Unterstützung des jungen Staates nach seiner Unabhängigkeit, die Rolle Deutschlands als führender Kooperationspartner sowie enge menschliche Bindungen durch ca. 62.000 in Deutschland lebende mazedonische Staatsangehörige sind die zentralen Anknüpfungspunkte. Auch die Unterstützung von deutscher Seite in der Kosovo-Krise und in der Krise im eigenen Land im Jahre 2001, wobei die Unterstützung bis heute anhält sowie die Einhaltung von Hilfszusagen, haben den deutschen Ruf gefestigt, ein besonders verlässlicher Partner zu sein. Die Republik Mazedonien sieht in Deutschland ferner einen wichtigen Fürsprecher und Unterstützer für ihre Bemühungen um eine Annäherung an die euro-atlantischen Strukturen. Obwohl man sich bis zum Schluss von der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ein Datum für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen erhofft hatte, ist die Meinung über Deutschland unvermindert hoch.

²⁹ Vgl. Early Warning Report Macedonia June 2007, <http://www.ewr.org.mk/reports/EWR%20June%202007%20-%20ENG.pdf>, Skopje Juli 2007



II. Die ökonomische Entwicklung

Das **Transformationsland** Mazedonien hat als letztes der Nachfolgestaaten Jugoslawiens die Transformation der Wirtschaft³⁰ eingeleitet. Die Wirtschaft und Politik des postsozialistischen Landes hätten nach fast 17 Jahren Unabhängigkeit schon viel weiter entwickelt sein können. Seit dem Abkommen von Ochrid im August 2001 stand und steht ein Umbau des politischen Systems an, der der albanischen Minderheit größere Rechte in Bezug auf Sprachgebrauch, bei der Vertretung im Staatsapparat und in den Sicherheitskräften einräumt sowie eine Machtverlagerung vom Zentralstaat zu den Gemeinden vorsieht. Die ökonomische Transformation vollzog sich vor diesem Hintergrund nur sehr schleppend. Zu beobachten ist nun, dass sich Mazedonien wirtschaftlich derzeit mit steigender Tendenz entwickelt. Neben einer allgemeinen Verbesserung seit dem Krisenjahr 2001 hat die mazedonische Regierung einen Anteil daran. Sie hat eine millionenschwere **Investitionsoffensive**³¹ eingeleitet, die im Oktober 2006 startete, um neue ausländische Investoren anzulocken, **Arbeitsplätze** zu schaffen und somit einen **Wirtschaftsaufschwung** zu erwirken. Wenn auch zaghaft, zeigt die Kampagne dennoch Wirkung. Der Durchschnittslohn stieg zum Vorjahr um rund 1.000 Denar auf 13.200 Denar (etwa 220 Euro). Während das **Bruttosozialprodukt** in den ersten drei Monaten des letzten Jahres nur um 2,6% stieg, sind in diesem Jahr im Vergleichszeitraum bereits 7% zu verzeichnen³². Allerdings sind die ausländischen Direktinvestitionen nach wie vor gering und wesentlich weniger als im Vergleich zu den Nachbarländern. Derzeit sind 36% der Erwerbspersonen arbeitslos³³, dies entspricht rund zwei Prozent weniger als noch im Vorjahr. Mit 53 % am Gesamtvolumen dominiert der Dienstleistungssektor, knapp 29% entfallen auf die Industrieproduktionen. Das **Handelsbilanzdefizit** von rund 1 Mrd. Euro wird von den Transferleistungen der Auslandsmazedonier an ihre Freunde und Verwandten wieder aufgefangen. In der Fiskalpolitik ist Mazedonien Musterschüler, der Denar ist stabil und schwankt kaum in seinem Kurs (ca. 61 MKD = 1 Euro). Bei der Staatsverschuldung hat Skopje mit Hilfe

³⁰ 1992 Schaffung einer eigenen Währung im Vordergrund, um nicht durch den rapiden Wertverlust des jugoslawischen Dinars Nachteile zu erleiden; Privatisierungsgesetz Juni 1993, Beginn der Umsetzung 1994

³¹ <http://www.investinmacedonia.com/>

³² Vgl. Tageszeitungen Dnevni, Vreme vom 06.07.2007

³³ Vgl. www.stat.gov.mk/pdf/2006/Prethodni-2006.pdf



des Internationalen Währungsfonds einen Kurs der Konsolidierung eingeschlagen, kurzfristige Verbindlichkeiten werden sogar bereits vor Fälligkeit gelöscht.

Die neue Regierung hat eine **flat tax** für Körperschafts- und Erwerbseinkommen zu einem **Steuersatz von 10%** eingeführt. 2007 beträgt die Körperschaftssteuer noch 12%, wird sich aber 2008 dann auf 10% verringern. Die früheren Steuersätze bei der Einkommenssteuer betragen 15%, 18% und 24%. Ein zusätzlicher Anreiz für ausländische und einheimische Investoren ist die 0% betragende Steuer auf thesaurierenden Gewinn (Gewinnrückfluss)³⁴. Mit der neuen Flatrate von 10% hat die Republik Mazedonien eines der attraktivsten Steuerpakete in Europa aufzuweisen. Besondere Steuervorteile bestehen in den technologisch-industriellen Entwicklungszonen: 10 Jahre Befreiung von der Gewinnsteuer und Reduzierung der Einkommenssteuer um 50% für einen Zeitraum von 5 Jahren. Zur Vermeidung der Doppelbesteuerung ausländischer, in der Republik Mazedonien ansässiger Unternehmen, hat die Republik Mazedonien auf bilateraler Ebene 34 Doppelbesteuerungsabkommen, auch mit Deutschland, geschlossen.

Die Regierung hat getreu dem Motto *-Zeit ist Geld-* das **Ein-Schalter-System** eingeführt, womit potentiellen Investoren die Registrierung ihres Geschäfts innerhalb von drei Tagen ermöglicht wird. Damit verringern sich die mit der Aufnahme einer Geschäftstätigkeit verbundenen Verwaltungsbarrieren und -kosten wesentlich. Das Ein-Schalter-System funktioniert im Rahmen des Zentralregisters anhand von 32 über das gesamte Territorium Mazedoniens verteilten Büros. Diese Büros sind über ein elektronisches Register miteinander verbunden, das die effiziente und zügige Registrierung der Handelsgesellschaften ermöglicht. Mit der Entwicklung der Dienstleistungen des e-governments können Geschäftssubjekte ihr Business in naher Zukunft elektronisch registrieren lassen³⁵. Trotz aller Bemühungen ist der rechte Durchbruch noch nicht gelungen, die Investitionen suchen ihren Weg wo anders oder laufen an Mazedonien vorbei. Die Zugkraft einer guten Infrastruktur mit fast 350.000 gut ausgebildeten und zu

³⁴ Vgl. <http://www.investinmacedonia.com/news.aspx?news=35>

³⁵ Vgl. <http://www.investinmacedonia.com/news.aspx?news=38>



niedrigen Lohnkosten verfügbaren Arbeitskräften hat sich noch nicht erfüllt. Negativmeldungen über mangelnden Eigentumsschutz und fehlende Rechtssicherheit für Investoren beeinflussen ausländische Investoren³⁶. Dennoch haben in den vergangenen Monaten **Siemens** und **Cisco Systems** Büros eröffnet, der Automobilzulieferer **Johnson Control** errichtet am Stadtrand ein Werk und Energiegiganten wie **Lukoil** mehrere Millionen in das Tankstellennetz investiert.

III. Fazit

Die Ausgangsbedingungen in der Republik Mazedonien waren zwar insgesamt schwierig, aber die Transformation ist keineswegs ein unlösbares Unterfangen. Auch ein Scheitern des als Modell gehandelten mazedonischen Staats, was gern mit dem kontroversen Begriff *-failed state-* beschrieben und von manchem leichtfertig prophezeit wurde, trat nicht ein. Dies wird durch die Verhandlungen zur NATO-Mitgliedschaft und die Integrationsbemühungen zur EU deutlich. Allzu oft in der Vergangenheit war Mazedonien der Spielball der Mächte und Nachbarn. Die Tatsache, dass Mazedonien und nach der Unabhängigkeit viele Krisen überstanden haben und das Land dennoch nicht zusammengebrochen ist, belegt die vorhandene Kohäsion und Stabilität. Jedoch erhofft man sich gerade von der EU mehr Unterstützung. Alleine die Abschaffung des **Visazwangs** für die Schengenstaaten würde den **Immigrationsdruck** mindern und den **zwei Millionen Bürgern** das Gefühl, seit dem EU-Beitritt Bulgariens nun so langsam eingemauert zu werden, nehmen.

Die erst vor wenigen Jahren eingeleitete und nur sehr zögerlich umgesetzte marktwirtschaftliche Transformation erfolgte vor dem Hintergrund einer insgesamt stark rückläufigen Wirtschaftstätigkeit und einer zusammengebrochenen Industrie. Durch die seit Juli 2006 neu gewählten politischen Entscheidungsträger wird der Prozess der ökonomischen und politischen Transformation stärker forciert, der Schwerpunkt und die Programme sind klar erkennbar.

³⁶ Vgl. „Auslandsinvestitionen in Mazedonien steigen“, <http://www.bfai.de/DE/Content/SharedDocs/Links-Einzeldokumente-Datenbanken/fachdokument.html?fIdent=MKT20060623103521>



Das Fazit zur Gestaltungsleistung der Politiker fällt tendenziell positiv aus. Der ökonomische Transformationsprozess hat an Zielsicherheit, Geschwindigkeit und Erfolgsaussicht gewonnen. Neben den innenpolitischen Reformen (interethnisches Verhältnis, Korruptionsbekämpfung, Justizwesen und Dezentralisierung) sind auch positive Ergebnisse der makroökonomischen Reformen (Restrukturierung des Unternehmenssektors, Finanzmarktreform, Bankensektor) zu nennen. Oppositionelles Missmanagement verlangsamte zwar diese Entwicklung und untergrub die demokratisch legitime Regierung, aber man konnte die Arbeit und den demokratischen Konsens innerhalb der Regierungskoalition nicht behindern oder gar zum Scheitern bringen. Deutliche Forderungen aus Brüssel oder Washington, die dem Beobachter nicht immer unparteiisch erscheinen, rufen bei den Menschen auf den Straßen nur Kopfschütteln hervor. In westlichen Ländern würde man es als einen Eingriff in die internen Angelegenheiten betrachten auch nicht vorschreiben lassen, wer mit wem soll oder mit welcher Oppositionspartei die Regierung zu verhandeln³⁷ hat.

Die Republik Mazedonien hat die Schwelle zu einer neuen Zeit überschritten, bei der das Land im Bereich Rechtsstaatlichkeit, institutionelle Effizienz des Regierungssystems und Stabilisierung bzw. Überwindung der ethnischen Segregation der Gesellschaft mitten im Umbruch ist. Dies sind unumkehrbare Prozesse, die die EU als Voraussetzung für den Beitritt fordert. Bei den Römern hieß der Westliche Balkan *rumeli*³⁸ und das Gebiet des antiken Mazedoniens wurde als *-catena mundi*³⁹ bezeichnet, heute liegt Mazedonien verkehrsgünstig im Herzen des Balkan⁴⁰. Die Regierung Gruevski wurde zwar in ihrem ersten Jahr vielfach durch die (politische) Realität gebremst, aber sie hat den Menschen in Mazedonien Hoffnung und Zuversicht auf eine bessere Zeit gegeben⁴¹. Das alleine schon unterscheidet sie maßgeblich von den Vorgängerregierungen.

³⁷ Jüngste Forderung von Erweiterungskommissar Olli Rehn, dass die Umsetzung der Vereinbarung zwischen DUI und VMRO-DPMNE eine Voraussetzung für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zur EU darstellt. Interview für die Tageszeitung *Dnevnik* vom 13.07.2007, <http://www.dnevnik.com.mk>

³⁸ Vgl. Mark Mazower, *The Balkans*, London 2000, S. 1ff.

³⁹ Lateinisch: Ende der Welt

⁴⁰ Der Name Balkan bezeichnete ursprünglich die Gebirgspfade, die Zentraleuropa mit Konstantinopel verbanden. Dieser Begriff war Namensgeber für das Balkangebirge in Bulgarien.

⁴¹ Vgl. Meinungsumfrage des International Republican Institute vom Juni 2007



IV. Mazedonien – Daten im Überblick⁴²

Ländername:	Ländername laut Verfassung: Republik Mazedonien (etymologisch auch: Makedonien; mazedonisch: Република Македонија/Republika Makedonija; albanisch: Republikë Maqedonisë) UN-Mitgliedschaft unter der Bezeichnung "The former Yugoslav Republic of Macedonia (FYROM)" Deutschland verwendet im offiziellen Rahmen den bei den Vereinten Nationen üblichen Namen
Klima:	Kontinental, im Sommer sehr heiß, im Winter sehr kalt und feucht
Lage:	Im südlichen Zentralbalkan; Grenzen im Norden zu Serbien, im Osten zu Bulgarien, im Süden zu Griechenland, im Westen zu Albanien
Größe:	25.713 qkm
Hauptstadt (Einwohnerzahl):	Skopje (ca. 600.000 Einwohner)
Bevölkerung:	2006 ⁴³ : 2.042.894 Mio. Einwohner, davon ethn. Mazedonier 64,2%, Albaner 25,2%, Türken 3,9%, Roma 2,6%, Serben 1,8%, Bosniaken 0,8%, Vlachen 0,5%, andere 1,0%
Landessprachen:	Mazedonisch; Albanisch/Türkisch/Romani/Serbisch/Vlachisch
Religionen:	Mazedonisch-Orthodoxe Kirche (ca. 70% der Bevölkerung, Autokephalie seit 1967, von anderen orthodoxen Kirchen bisher nicht anerkannt); Islam (ca. 25%); Katholische Kirche (0,5%); Evangelische Methodisten, Juden
Nationaltag:	8. September (Unabhängigkeitstag), Gedenktag: 2. August (Ilinden-Aufstand gegen Türken 1903)
Unabhängigkeit:	8.9.1991 (Unabhängigkeits-Referendum)
Staats- und Regierungsform:	Republik/Parlamentarische Demokratie (Verfassung vom 17. November 1991; geändert aufgrund EG-Badinter-Kommission am 6. Januar 1992 und gemäß Ohrid-Rahmenabkommen am 16.11.2001)
Staatsoberhaupt:	Staatspräsident Branko Crvenkovski, SDSM (seit 28.05.2004)
Regierungschef:	Ministerpräsident Nikola Gruevski, VMRO-DPMNE (seit 26.08.2006)
Außenminister:	Antonio Milošoski, VMRO-DPMNE (seit 26.08.2006)

⁴² Tabelle des Auswärtigen Amtes, Länder – und Reiseinformationen, siehe Fußnote 40

⁴³ Quelle: www.stat.gov.mk/pdf/2006/Prethodni-2006.pdf



Parlament:	Versammlung der Republik Mazedonien. Einkammersystem (Sobranie). 120 Abgeordnete. Präsident: Ljubiša Georgievski (VMRO-DPMNE); letzte Wahl 05.07.2006, nächste Wahl 2010
Regierungsparteien:	Wahlbündnis „Für ein besseres Mazedonien“ (unter der Führung der VMRO-DPMNE, dt.: Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei der Mazedonischen Einheit): 45 Sitze DPA (Demokratische Partei der Albaner): 11 Sitze NSDP (Neue Sozialdemokratische Partei): 7 Sitze DOM (Demokratischer Wiederaufbau Mazedoniens): 1 Sitz PEI (Partei für eine Europäische Zukunft): 1 Sitz
Opposition:	Wahlbündnis „Gemeinsam für Mazedonien“ (unter Führung der bisherigen mazedonischen Regierungspartei SDSM – Sozialdemokratische Union Mazedoniens): 32 DUI-PDP (Demokratische Union für Integration – Partei der demokratischen Prosperität, Albanerpartei): 14 Sitze VMRO-NP (Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation – Volkspartei): 6 Sitze
Gewerkschaften:	Dachverband SSM (Sojus na Sindikatite na Makedonija), (15 Branchengewerkschaften); Verband der unabhängigen und autonomen Gewerkschaften (UNASM)
Verwaltungsstruktur des Landes:	Prozess der Dezentralisierung / 84 Gemeinden und die Stadt Skopje (Gesetz zur territorialen Neuordnung und Gesetz über die Stadt Skopje vom 11.08.2004; 24.01.2002: Gesetz über Lokale Selbstverwaltung)
Mitgliedschaft in internationalen Organisationen:	VN (seit 8. April 1993), IWF (seit 21.04.93, rückwirkend ab Dez. 1992), Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Weltbank (IDA – Internationale Entwicklungsassoziation, IFC – Internationale Finanz-Corporation und IBRD – Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung), WHO (Weltgesundheitsorganisation, seit 3.5.1993), ITU (internationale Fernmeldeunion, seit 4.5.1993), IRU (International Road Transport Union, seit April 1993), ILO (Internationale Arbeitsorganisation, seit 28.5.1993), UNESCO (Organisation der VN für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, seit 28.6.1993), European Broadcasting Union, UPU (Weltpostverein, seit 12.7.1993), IAEO (internationale Atomenergiebehörde, seit 27.9.1993), UNICEF (VN-Kinderhilfswerk, seit 9/1993), Interpol (4.10.1993), FAO (VN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation, UNCTAD (VN-Handels- und Entwicklungskonferenz), UNDP (VN-Entwicklungsprogramm), UNIDO (VN-Organisation für



industrielle Entwicklung), IFAD (Internat. Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung), IMO (Internat. Seeschiffahrts-Organisation), IPU (Interparlamentarische Union), ICAO (internat. Zivilluftfahrt-Organisation), WMO (Weltorganisation für Meteorologie), WIPO (Weltorganisation für geistiges Eigentum), IOC (internat. Olympisches Komitee, Interparlamentarische Union, Europarat (19.10.95); WTO (Welthandelsorganisation, März 2003), SAA-Abkommen mit EU seit 01.04.2004 in Kraft

Wichtigste Medien:**Tageszeitungen:**

Dnevnik (WAZ-Gruppe, Auflage ca.50.000), Vest (WAZ-Gruppe, Auflage ca. 50.000), Utrinski Vesnik (WAZ-Gruppe, Auflage ca. 30.000), Vreme (Auflage ca. 40.000), Večer (Auflage ca. 12.000), Fakti (albanisch, Auflage ca.15.000), Koha Ditore (albanisch, Auflage ca. 4.000), Nova Makedonija (Auflage ca. 3.000)

Wochenzeitschriften:

Forum, Start, Denes, Fokus, Kapital, Lobi (albanisch)

TV/Radio:

staatl. MTV (Makedonska Televisija) und staatl. MR (Makedonsko Radio), senden auch auf Albanisch, Türkisch, Romani, Vlachisch; 5 landesweit lizenzierte TV (A1, Sitel, Kanal 5, Telma, Alsat) und 3 landesweite private Radiosender (Kanal 77/Stip, Antena 5/Skopje und Ros/Skopje), 50 TV- und 65 Radiosender (privat und lokal)

Bruttoinlandsprodukt:

2002: 4,0 Mrd. USD
2003: 4,1 Mrd. USD
2004: 5,3 Mrd. USD
2005: 5,6 Mrd. USD
2006: 6,1 Mrd. USD

BIP pro Kopf:

2002: 1.956 USD
2003: 2.031 USD
2004: 2.585 USD
2005: 2.731 USD
2006: 3.050 USD

44

⁴⁴ Quelle: Auswärtiges Amt; <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laender/Mazedonien.html>

Hinweis: Diese Tabelle stellt lediglich eine Basisinformation dar. Eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben kann nicht übernommen werden.